

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung  
und Umweltfragen

**Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II)**  
**Landkreis Günzburg**

7. Teilgenehmigung

10. Februar 1983

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR  
LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN

Genehmigung nach § 7 Atomgesetz (AtG)  
zur Erhöhung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken in den  
Blöcken B und C des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II)  
- 7. Teilgenehmigung -

## Inhaltsverzeichnis

Tenor	Seite
I. Antragsteller, Gegenstand und Umfang der Genehmigung	2
II. Genehmigungsunterlagen	3
III. Auflagen und Hinweise	5
IV. Verantwortliche Personen	6
V. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften	7
VI. Anzeigen und Vorbehalte	7
VII. Einwendungen	7
VIII. Kosten	7
IX. Sofortige Vollziehung	8

Begründung	Seite
A. Sachverhalt	9
1. Bisheriger Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens	9
2. Gegenstand des Antrags zur Erteilung der 7. Teilgenehmigung	9
3. Besondere Verfahrensschritte vor Erteilung der 7. Teilgenehmigung	11
3.1 Antragstellung und Unterlagen	11
3.2 Beteiligung Dritter	12
3.3 Erörterungstermin	12
3.4 Behördenbeteiligung	13
3.5 Gutachten des nach § 20 AtG zugezogenen Sachverständigen	13



	Seite
B. Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung	14
1. Rechtsgrundlage der Genehmigung	14
2. Verfahrensmäßige Voraussetzungen	15
2.1 Antragstellung	15
2.2 Beteiligung Dritter	16
2.3 Erörterungstermin und Behandlung der Ein- wendungen	16
2.4 Behördenbeteiligung	17
3. Genehmigungsvoraussetzungen nach § 7 Abs.2 AtG	17
3.1 Zuverlässigkeit der Antragsteller und der ver- antwortlichen Personen sowie Fachkunde der verantwortlichen Personen	17
3.2 Notwendige Kenntnisse der sonst tätigen Personen	18
3.3 Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den späteren Betrieb der Kompaktlager	18

	Seite
3.4 Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen	21
3.5 Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter	21
3.6 Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens	22
4. Ermessensentscheidung nach § 7 Abs.2 AtG	22
5. Vorläufiges positives Gesamturteil	25
6. Sonstige Öffentlich-rechtliche Vorschriften	26
6.1 Raumordnung und Landesplanungsrecht	26
6.2 Baurecht	27
6.3 Wasserrecht	27
C. Einwendungen	29
D. Kostenentscheidung	45
E. Anordnung der sofortigen Vollziehung	45
Rechtsbehelfsbelehrung	53
Anhang	

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR  
LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN

München, 10.2.1983

1. Rheinisch-Westfälisches  
Elektrizitätswerk AG  
Kruppstraße 5  
4300 Essen 1
2. Bayernwerk AG  
Blutenburgstraße 6  
8000 München 19
3. Kraftwerk Union AG  
Hammerbacherstraße 12 + 14  
8520 Erlangen
4. Hochtief AG  
Bockenheimer Landstraße 24  
6000 Frankfurt 1
5. Kernkraftwerk Gundremmingen  
Verwaltungsgesellschaft mbH  
8871 Gundremmingen

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) erteilt im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung sowie für Wirtschaft und Verkehr folgende

Genehmigung nach § 7 Atomgesetz (AtG)  
zur Erhöhung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken in  
den Blöcken B und C des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II)

- 7. Teilgenehmigung -



I.

I. Antragsteller, Gegenstand und Umfang der Genehmigung

1. Den Antragstellern

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen,  
Bayernwerk AG, München,  
Kraftwerk Union AG, Erlangen,  
Hochtief AG, Frankfurt, und  
Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH,  
Gundremmingen,

wird, nach Maßgabe der in Abschnitt II genannten Unterlagen, unter den in diesem Bescheid festgesetzten Auflagen die Genehmigung erteilt, in den Blöcken B und C des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II) je ein Kompaktlager zur Lagerung von unbestrahlten, für den Einsatz im KRB II bestimmten Brennelementen und zur Lagerung von beim Betrieb des KRB II anfallenden bestrahlten Brennelementen zu errichten.

Jedes der beiden Kompaktlager umfaßt

- 30 Kompaktlagergestelle (Typ A) mit insgesamt 3000 Lagerpositionen für Brennelemente
- 3 Kompaktlagergestelle (Typ B) mit insgesamt 210 Lagerpositionen für Brennelemente
- 3 Lagergestelle (Typ C) für insgesamt 231 Steuerelemente
- 1 Sondergestell (Typ D) für 9 Brennelemente in Behältern, 2 Sippingbehälter sowie für Reaktordruckbehältereinbauten.

I./II.

2. Die Genehmigung berechtigt nicht zum Umgang mit Kernbrennstoffen oder sonstigen radioaktiven Stoffen.

3. Die Erteilung der vorliegenden Genehmigung begründet keinen Anspruch auf eine weitere atomrechtliche Genehmigung.

II. Genehmigungsunterlagen

Der Genehmigung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- 1. Der Sicherheitsbericht "Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk (KRB II) Gundremmingen, Doppelblockanlage mit Siedewasserreaktor, therm. Leistung 2 x 3840 MW", Ausgabe März 1974,
- 2. die Unterlagen der Kraftwerk Union AG "Änderungen der Anlage KRB II gegenüber dem Planungsstand März 1974 aufgrund der Begutachtung durch den TÜV Bayern" vom 10.11.1975,
- 3. das "Gutachten über die Sicherheit des 2600-MWe-Kernkraftwerkes Gundremmingen (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Errichtungsgutachten -", erstattet im Auftrag des StMLU vom Technischen Überwachungs-Verein Bayern e.V. (TÜV Bayern) vom 6.3.1975 nebst dem Ergänzungsgutachten hierzu vom 21.11.1975, im folgenden "Errichtungsgutachten" genannt,



II.

4. der Sicherheitsbericht "Kapazitätserweiterung der Brennelement-Lagerbecken, Kernkraftwerk Gundremmingen Block B und C" vom Oktober 1979,
5. das "Gutachten zur Erweiterung der Lagerkapazität für bestrahlte Brennelemente im Kernkraftwerk Gundremmingen II (KRB II) für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren - Teilerrichtungsgutachten für die 7. Teilgenehmigung -", erstattet im Auftrag des StMLU vom TÜV Bayern vom 23.09.1982, im folgenden "Teilerrichtungsgutachten für die 7. Teilgenehmigung" genannt.

Soweit die Beschreibung der Auslegung des Kernkraftwerks im Errichtungsgutachten oder des Gegenstands dieser Genehmigung im Teilerrichtungsgutachten für die 7. Teilgenehmigung von den unter Nr. 1, 2 und 4 aufgeführten Unterlagen abweicht, liegt dieser Genehmigung der in den vorstehenden Gutachten beschriebene Sachverhalt zugrunde; im Übrigen gelten die jeweils neuesten Unterlagen.

6. Die Zeichnungen der Kraftwerk Union AG:

Baugruppenübersicht	Zchnng.-Nr. 35300.0004/3
Baugruppenübersicht	" 35300.0007/4
BEB-Lagergestell für 100 Abstellplätze	" 35305.0003/8
BEB-Lagergestell für 70 Abstellplätze	" 35305.0004/5
SE-Lagergestell (77 Abstellplätze)	" 35330.0032/5
Sonderlagergestell D1	" 35352.0027/4

III.

III. Auflagen und Hinweise

1. Alle sicherheitstechnisch wichtigen Teile der Kompaktlager müssen dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechend so ausgelegt und ausgeführt werden, daß bei ihrer Errichtung und beim späteren Betrieb des Kernkraftwerks Einzelne und/oder die Allgemeinheit nicht gefährdet werden können. Sie müssen in Vorprüfungen, Werkstoff-, Bau-, Abnahme- und Funktionsprüfungen den Anforderungen genügen und in einwandfreiem baulichen Zustand gehalten werden.
2. Die in Abschnitt I aufgeführten Gestelle dürfen in die Anlage nur dann eingebaut werden, wenn ihre Vorprüfung oder eine entsprechende Prüfung und die Prüfungen im Herstellerwerk sowie die Beurteilung der Prüfpläne für die Bauprüfung (Montageprüfung) durch die vom StMLU bestimmten Sachverständigen positiv abgeschlossen sind. Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde (StMLU).
3. Die Nutzung der Kompaktlagergestelle darf nur im Rahmen ggf. später zu erteilender Genehmigungen für das KRB II erfolgen, die den Umgang mit Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen gestatten (s. Abschnitt I.2).
4. Die zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge vorgelegten Unterlagen sind im weiteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für das KRB II zu konkretisieren. Eine erhebliche Veränderung der Entsorgungsvorsorge ist dem StMLU unverzüglich mitzuteilen.
5. Es wird darauf hingewiesen, daß eine erste Betriebsgenehmigung erst erteilt werden kann, wenn die Entsorgung der Anlage entsprechend den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" über einen ausreichenden Betriebszeitraum sichergestellt ist.

IV.

IV. Verantwortliche Personen

1. Verantwortliche Personen für die Errichtung der mit diesem Bescheid genehmigten Kompaktlager im Sinne des § 7 Abs. 2 Nr. 1 AtG sind:
  - 1.1 Von der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG die Herren Dr.Eitz, Dr.Langeneke und Haußmann,
  - 1.2 von der Bayernwerk AG die Herren Dr.Knoerzer und Gaßner,
  - 1.3 von der Kraftwerk Union AG die Herren Mattern und Kuhne,
  - 1.4 von der Hochtief AG die Herren Hentze und Müller-Run.
2. Für die Sicherung der Baustelle sowie die örtliche Durchführung und Überwachung aller Objektsicherungsmaßnahmen im Sinne des § 7 Abs. 2 Nr. 5 AtG ist die im Schreiben der Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk II GbR vom 3.5.1979 für das KRB II benannte Person als Sicherungsbeauftragter zuständig.
3. Ein Wechsel der in Nr. 1 und Nr. 2 genannten Personen ist dem StMLU als Aufsichtsbehörde unter Vorlage der zur Überprüfung der Zuverlässigkeit und Fachkunde der neu zu bestellenden Personen notwendigen Nachweise unverzüglich anzuzeigen; er bedarf der vorherigen Zustimmung der Aufsichtsbehörde (StMLU).

V./VI./VII./VIII.

V. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften

1. Dieser Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der Entscheidungen anderer Behörden, die für das Gesamtvorhaben oder für einzelne Teilanlagen im Rahmen des Gesamtvorhabens aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften erforderlich sind. Diese Entscheidungen sind dem StMLU jeweils unverzüglich vorzulegen.
2. Nebenbestimmungen, die sich über die Festlegungen des vorliegenden Genehmigungsbescheids hinaus aus den aufgrund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften für das Gesamtvorhaben oder für einzelne Teilanlagen im Rahmen des Gesamtvorhabens erforderlichen Entscheidungen anderer Behörden ergeben, bleiben unberührt.

VI. Anzeigen und Vorbehalte

Die Festlegungen über Anzeigen und Vorbehalte in den Abschnitten IX. und X. des 1. Teilgenehmigungsbescheids vom 16.7.1976 gelten auch für diesen Bescheid.

VII. Einwendungen

1. Die rechtzeitig eingegangenen Einwendungen werden, soweit ihnen nicht durch die Auflagen dieses Genehmigungsbescheids Rechnung getragen ist, als unbegründet zurückgewiesen.
2. Die von den im Anhang zu diesem Bescheid aufgeführten Personen vorgebrachten Einwendungen werden als unzulässig verworfen.

VIII. Kosten

1. Die Antragsteller haben die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.



VIII./IX.

2. Die Gebühr für diese Genehmigung wird abschlagsweise auf 300.000,-- DM (in Worten: dreihunderttausend Deutsche Mark) festgesetzt. Die Gebührenfestsetzung für die Gesamtentscheidung über den Antrag auf Errichtung und Betrieb des KRB II bleibt einer späteren Kostenentscheidung vorbehalten.

3. Auslagen werden gesondert erhoben.

IX. Sofortige Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieses Bescheids wird angeordnet.

Begründung

A. Sachverhalt

1. Bisheriger Ablauf des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens

Die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE), die Bayernwerk AG (BAG), die Kraftwerk Union AG (KWU), die Hochtief AG und die Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH beabsichtigen, in Gundremmingen, Landkreis Günzburg, ein Kernkraftwerk als Doppelblockanlage mit 2 Siedewasserreaktoren der Baulinie 72 der Kraftwerk Union AG von 3840 Megawatt (MW) thermischer Leistung je Block zu errichten. Mit den bisher erteilten 6 Teilgenehmigungen des StMLU vom 16.7.1976 Nr. 6341a9-VI/2, VII/2-23217, vom 22.12.1977 Nr. 9209-VI/2-46716, vom 30.1.1980 Nr. 9209-VI/2-4149, vom 10.2.1981 Nr. 9209-VI/6-3572, vom 2.11.1981 Nr. 9209-72-47731 und vom 3.1.1983 Nr. 9209-72,86-131 wurde die Errichtung bestimmter Anlagenteile und Einrichtungen des KRB II genehmigt. Mit den Teilgenehmigungen wurde u.a. auch die Genehmigung zur Errichtung der Brennelement-Lagerbecken einschließlich der hierfür erforderlichen Hilfsanlagen erteilt.

Bezüglich der Beschreibung der Doppelblockanlage, des Inhalts der o.g. Teilgenehmigungen im einzelnen sowie des bisher durchgeführten Genehmigungsverfahrens wird auf diese Genehmigungsbescheide verwiesen.

2. Gegenstand des Antrags zur Erteilung der 7. Teilgenehmigung

Die unter I.1 dieses Bescheids genannten Antragsteller haben die Erhöhung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken in den Blöcken B und C des KRB II durch Einbau von jeweils 33 Kompaktlagergestellen und eines

Sondergestells für zusammen je 3219 Abstellpositionen für Brennelemente (etwa sechzehn Viertel Kernladungen) sowie von drei Lagergestellen zur Aufbewahrung von 231 Steuerelementen beantragt. Die Kompaktlagergestelle sind für die Lagerung unbestrahlter und bestrahlter Brennelemente des KRB II vorgesehen. Das Sondergestell dient als Abstellplatz für Reaktordruckbehältereinbauten und Brennelement-Prüfeinrichtungen (Sippingbehälter) sowie zur Lagerung von bis zu neun beschädigten Brennelementen.

Die Kompaktlagergestelle bestehen aus einer Stahlkonstruktion, in der die Brennelemente in einer regelmäßigen Gitteranordnung gelagert werden. Die durch die Lagerung auftretenden Belastungen werden von sog. Trag-schächten aufgenommen und in die Tragkonstruktion des Lagerbeckenbodens eingeleitet. Zur Sicherstellung der Unterkritikalität sind die Brennelemente von im Lagergestell fest eingebauten Absorberschächten aus Borstahl umschlossen.

Die Lagergestelle für Steuerelemente besitzen einen im wesentlichen identischen Aufbau. Da in ihnen kein Kernbrennstoff gelagert wird, entfallen jedoch die Absorberschächte. Die Steuerelemente werden durch Führungsschächte in ihren vorgesehenen Lagerpositionen fixiert. Die Sondergestelle weisen wegen der größeren Abstände der Lagerpositionen ebenfalls keine Absorberschächte auf. Zur kompakten Lagerung der Brennelemente werden die Kompaktlagergestelle in die vorhandenen Brennelement-Lagerbecken der Blöcke B und C eingebracht. Die Lagerbecken befinden sich in den gegen Einwirkungen von außen geschützten Reaktorgebäuden jeweils oberhalb der Sicherheitsumschließung. Neben den Brennelement-Lagerbecken sind besondere Abstellbecken für den jeweiligen Brennelement-Transportbehälter vorhanden. Dadurch wird vermieden, daß bestrahlte Brennelemente über die Lagerbecken transportiert werden müssen. Zur Abschirmung

der radioaktiven Strahlung der Brennelemente und kontaminierter Teile sowie zur Kühlung der Brennelemente ist jedes Lagerbecken mit ca. 1600 m<sup>3</sup> Wasser gefüllt. Die Stahlbetonwände der Becken sind mit einer korrosionsbeständigen Stahlblechauskleidung versehen. Durch ein Leckageerkennungssystem können selbst geringe Leckagen der Becken erkannt und geortet werden.

Für eine detailliertere Beschreibung des Kompaktlagers und seiner Einrichtungen wird auf den Sicherheitsbericht "Kapazitätserweiterung der Brennelement-Lagerbecken, Kernkraftwerk Gundremmingen Block B und C" vom Oktober 1979 verwiesen.

### 3. Besondere Verfahrensschritte vor Erteilung der 7. Teilgenehmigung

#### 3.1 Antragstellung und Unterlagen

Mit Schreiben vom 19.11.1979 haben die Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG und die Bayernwerk AG die Genehmigung zum Einbau und Betrieb von Kompaktlagergestellen für eine Brennelement-Lagerkapazität von bis zu 3219 Lagerpositionen je Block beantragt. Dem Genehmigungsantrag sind die Kraftwerk Union AG, die Hochtief AG und die Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH mit Schreiben vom 29.11.1979, 6.12.1979 und 4.12.1979 beigetreten.

Mit dem Genehmigungsantrag wurde ein Sicherheitsbericht und eine Kurzbeschreibung der Kapazitätserweiterung der Brennelement-Lagerbecken und der voraussichtlichen Auswirkungen auf die Allgemeinheit und die Nachbarschaft vorgelegt. Weitere zur Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen und zur detaillierten Begutachtung des Vorhabens erforderliche Unterlagen sind, soweit sie nicht bereits im Rahmen des Gesamtvorhabens der Anlagenerrichtung vorgelegt wurden, gesondert nachgereicht worden.



### 3.2 Beteiligung-Dritter

Das Vorhaben wurde mit Bekanntmachung des StMLU vom 15.4.1980 Nr.9209-VI/6g-17232 öffentlich bekanntgemacht. Die Bekanntmachung erschien im Bayerischen Staatsanzeiger, in der Günzburger Zeitung, in der Donauzeitung, Dillingen, und in den Mittelschwäbischen Nachrichten, Krumbach, jeweils in den Ausgaben vom 18.4.1980. Im Bundesanzeiger vom 22.4.1980 wurde auf die Bekanntmachung hingewiesen.

Der gemeinsame Antrag der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG und der Bayernwerk AG, die Anträge der Kraftwerk Union AG, der Hochtief AG und der Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH sowie der Sicherheitsbericht und die Kurzbeschreibung des Vorhabens waren, wie in der Bekanntmachung angekündigt, während einer Frist von zwei Monaten in der Zeit vom 28.4.1980 bis einschließlich 27.6.1980 im StMLU in München, im Landratsamt Günzburg und in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Offingen für jedermann zur Einsichtnahme ausgelegt.

Während der Zeit der Auslegung haben rund 15700 Personen Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben. Die weitaus überwiegende Zahl der Einwender hat sich im Rahmen einer Unterschriftensammlung einem vorgedruckten Sammeleinspruch angeschlossen. Insgesamt ca. 100 Einwendungen sind von Verbänden, Unternehmen oder Privatpersonen in Einzelschreiben oder durch Unterschrift auf Einzelschreiben vorgebracht worden. Mit Einzelschreiben haben weiterhin zwei Gemeinden Einwendungen erhoben.

Eine Sammeleinspruchliste mit 17 Unterschriften ist erst am 28.6.1980 eingegangen.

### 3.3 Erörterungstermin

Die rechtzeitig erhobenen Einwendungen wurden in dem in der Bekanntmachung bestimmten Erörterungstermin am

29.7.1980 und 30.7.1980 in Gundremmingen mit den Antragstellern und den anwesenden Einwendern mündlich erörtert. Am Erörterungstermin nahmen auch Vertreter verschiedener Behörden sowie vom StMLU zugezogene Sachverständige teil. Die Verhandlung wurde von einem Vertreter des StMLU geleitet.

Über den Verlauf des Erörterungstermins wurde eine Niederschrift gefertigt, der ein Wortprotokoll beigelegt ist. Den Antragstellern und auf Anforderung auch Personen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben hatten, wurde eine Abschrift überlassen.

### 3.4 Behördenbeteiligung

Im Rahmen einer Behördenbeteiligung wurden alle Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der sonstigen Gebietskörperschaften sowie alle öffentlich-rechtlichen Zweckverbände, deren Zuständigkeitsbereich durch das Vorhaben berührt sein könnte, mit Schreiben vom 10.3.1980 Nr.9209-VI/2h-10308 beteiligt und erhielten Gelegenheit zur Sachprüfung und Stellungnahme. Die Stellungnahmen wurden, soweit erforderlich, bei der Entscheidung über den Genehmigungsantrag berücksichtigt.

### 3.5 Gutachten des nach § 20 AtG zugezogenen Sachverständigen

Der Technische Überwachungs-Verein Bayern e.V. (TÜV Bayern) wurde mit Schreiben des StMLU vom 26.4.1974 Nr.6341a9-VI/2e-9825 beauftragt, als Sachverständiger der Genehmigungsbehörde die sicherheitstechnische Begutachtung im Verfahren zur Errichtung und zum Betrieb der Gesamtanlage des KRB II durchzuführen. Mit Schreiben des StMLU vom 19.12.1979 Nr.9209-VI/2h-52994 wurde dieser Auftrag auf die Begutachtung der Erhöhung der Lagerkapazität für bestrahlte Brennelemente in den Blöcken B und C des KRB II durch Einbau von Kompaktlagergestellen erweitert.



Die gutachtliche Stellungnahme des TÜV Bayern befaßt sich auftragsgemäß mit den das Kompaktlager-Vorhaben betreffenden Sicherheitsfragen (s. Abschnitt B.3.3.2).

#### B. Rechtliche und sicherheitstechnische Würdigung

Die vorliegende Teilgenehmigung kann mit den in diesem Bescheid festgesetzten Nebenbestimmungen erteilt werden, weil

- die verfahrensmäßigen Voraussetzungen des Atomgesetzes (AtG) und der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) und die Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 AtG erfüllt sind,
- im Rahmen der Ermessensentscheidung nach § 7 Abs.2 AtG keine Gründe ersichtlich sind, die der beantragten Genehmigung entgegenstehen,
- die übrigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften beachtet sind (§ 14 AtVfV) und
- eine vorläufige Prüfung ergeben hat, daß die Genehmigungsvoraussetzungen im Hinblick auf die Errichtung und den Betrieb der gesamten Anlage vorliegen werden (§ 18 Abs.2 AtVfV).

Im einzelnen wird dies wie folgt begründet:

##### 1. Rechtsgrundlage der Genehmigung

Die Erweiterung der bisher geplanten Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken in den Blöcken B und C des Kernkraftwerks Gundremmingen II ist eine wesentliche Veränderung der Anlage und bedarf der Genehmigung nach § 7 Abs.1 AtG in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.10.1976 (BGBl I S.3053), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung von Kostenvorschriften des Atomgesetzes vom 20.8.1980 (BGBl I S.1556). Die Genehmigung

ist allen Errichtern der Anlage im Sinne von § 7 Abs.1 AtG zu erteilen, nämlich der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, der Bayernwerk AG, der Kraftwerk Union AG, der Hochtief AG und der Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH.

Zuständig für die Erteilung dieser Genehmigung ist das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung und für Wirtschaft und Verkehr (§ 24 Abs.2 Satz 1 AtG i.V. mit § 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften (AtZustV) vom 3.5.1977 (GVBl S.160)).

##### 2. Verfahrensmäßige Voraussetzungen

Die Verfahrensvorschriften des AtG und der AtVfV in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.3.1982 (BGBl I S.411) sind beachtet.

Die aufgrund der bisher erteilten Teilgenehmigungen durchgeführten Maßnahmen sind ordnungsgemäß und entsprechend den Auflagen in diesen Teilgenehmigungsbescheiden abgewickelt worden.

##### 2.1 Antragstellung

Die vorgelegten Genehmigungsanträge entsprechen den Anforderungen des § 2 AtVfV. Ebenso entsprechen die den Anträgen beigefügten oder gesondert vorgelegten Unterlagen den Anforderungen des § 3 AtVfV (vgl. Abschnitt A. 3.1).



## 2.2 Beteiligung Dritter

Das zur Beteiligung Dritter vorgeschriebene Bekanntmachungs- und Auslegungsverfahren für das Gesamtvorhaben zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage ist entsprechend den damals geltenden Vorschriften (§ 2 der Atomanlagen-Verordnung (AtAnlV) i.d.F. vom 29.10.1970 BGBI I S.1518) ordnungsgemäß durchgeführt worden.

Die beantragte Erhöhung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken machte eine zusätzliche Bekanntmachung und Auslegung der Unterlagen erforderlich (s. § 4 Abs.2 Satz 3 Nr.5 AtVfV). Das Kompaktlager-Vorhaben wurde entsprechend § 4 Abs.1 AtVfV im Bayerischen Staatsanzeiger sowie in drei im Bereich des Standorts der Anlage verbreiteten örtlichen Tageszeitungen öffentlich bekanntgemacht (s.Abschnitt A.3.2). Außerdem wurde im Bundesanzeiger auf die Bekanntmachung hingewiesen. Der Inhalt der Bekanntmachung entsprach den Bestimmungen des § 5 Abs.1 AtVfV. Die Fristen zwischen der Bekanntmachung des Vorhabens und dem Beginn der Auslegungsfrist (eine Woche) gemäß § 5 Abs.2 AtVfV, zwischen dem Ende der Auslegungsfrist und dem Erörterungstermin (ein Monat) gemäß § 5 Abs.3 AtVfV sowie für die Auslegung der Unterlagen (zwei Monate) gemäß § 6 Abs.1 AtVfV wurden eingehalten. Antragsschreiben, Sicherheitsbericht und Kurzbeschreibung (§ 6 Abs.1 AtVfV) wurden in der Zeit vom 28.4.1980 bis einschließlich 27.6.1980 während der Dienststunden im StMLU, im Landratsamt Günzburg und in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Offingen ordnungsgemäß ausgelegt. Auf Verlangen wurde unentgeltlich die Kurzbeschreibung abgegeben und beim StMLU Akteneinsicht gewährt (§ 6 Abs.2 und 3 AtVfV).

## 2.3 Erörterungstermin und Behandlung der Einwendungen

Der Inhalt der Einwendungen wurde entsprechend § 7 Abs.2 AtVfV den Antragstellern und den zu beteiligenden Behörden bekanntgegeben. Die gegen das Vorhaben rechtzeitig

erhobenen Einwendungen wurden in einem nach den Vorschriften der §§ 8 bis 13 AtVfV durchgeführten Erörterungstermin (s.Abschnitt A.3.3) mit den Antragstellern und den anwesenden Einwendern ausführlich mündlich erörtert. Die nach Ablauf der Auslegungs- und Einwendungsfrist eingegangenen Einwendungen sind nach § 7 Abs.1 Satz 2 AtVfV ausgeschlossen, soweit sie nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Auf diese Rechtsfolge war in der Bekanntmachung hingewiesen worden (§ 5 Abs.1 Nr.2, 2.Halbsatz AtVfV). Die verspäteten Einwendungen (vgl. Abschnitt VII.2) waren ebenso wie die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen im Erörterungstermin nicht zu behandeln (§ 8 Abs.1, § 9 AtVfV), sie sind jedoch materiell berücksichtigt worden. Auf die Einwendungen im einzelnen wird in Abschnitt C. eingegangen.

Grundsätzliche Hinderungsgründe gegen die Erteilung der Genehmigung haben sich aus der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht ergeben.

## 2.4 Behördenbeteiligung

Die Sachprüfung des StMLU hat sich auch auf die Beachtung der übrigen das Vorhaben betreffenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften erstreckt (§ 14 AtVfV). Gemäß den Vorschriften des § 7 Abs.4 AtG wurde eine Behördenbeteiligung durchgeführt und deren Ergebnisse in die Genehmigungsentscheidung miteinbezogen (s.Abschnitt A.3.4). Bedenken, die der Erteilung dieser Genehmigung entgegenstehen, wurden im Rahmen der Beteiligung nicht geäußert.

## 3. Genehmigungsvoraussetzungen nach § 7 Abs.2 AtG

### 3.1 Zuverlässigkeit der Antragsteller und der verantwortlichen Personen sowie Fachkunde der verantwortlichen Personen (§ 7 Abs.2 Nr.1 AtG)



Es liegen keine Tatsachen vor, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Antragsteller und der für die Errichtung und den späteren Betrieb der Kompaktlager genannten verantwortlichen Personen (s. Abschnitt IV.) ergeben.

Das von den Antragstellern für die Errichtung vorgesehene "Schlüssel"-Personal ist einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen worden. Die verantwortlichen Personen besitzen nach Vorbildung und bisheriger beruflicher Tätigkeit die erforderliche Fachkunde.

3.2 Notwendige Kenntnisse der sonst tätigen Personen (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 AtG)

Im Rahmen der Genehmigungsvoraussetzungen für die atomrechtliche Teilgenehmigung zur Inbetriebnahme und zum Betrieb der Anlage wird näher geprüft und sichergestellt, daß die beim Betrieb der Anlage sonst tätigen Personen die notwendigen Kenntnisse über den sicheren Betrieb der Anlage, die möglichen Gefahren und die anzuwendenden Schutzmaßnahmen besitzen.

3.3 Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den späteren Betrieb der Kompaktlager (§ 7 Abs.2 Nr.3 AtG)

3.3.1 Die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und die künftige Nutzung der Kompaktlager ist bei Einhaltung der Auflagen dieses Genehmigungsbescheids und der bisher erteilten Teilgenehmigungsbescheide getroffen. Das StMLU kommt zu dieser Auffassung aufgrund des Gutachtens des TÜV Bayern zur Erweiterung der Lagerkapazität für bestrahlte Brennelemente, in welchem dies überzeugend und schlüssig dargelegt wird. Die besondere Fachkunde des TÜV Bayern ergibt sich insbesondere daraus, daß dieser seit vielen Jahren mit der sicherheitstechnischen Begutachtung kerntechnischer Anlagen befaßt ist.

Die in § 7 Abs.2 Nr.3 AtG geforderte Schadensvorsorge ist gewährleistet durch die hohen Anforderungen an die Auslegung und Qualität der Kompaktlager und die vorgesehenen Schutzmaßnahmen. Die zusätzlichen Belastungen aus der kompakten Lagerung der Brennelemente können von den Reaktorgebäuden abgetragen werden. Die Gestelle sind für die zu unterstellenden Belastungen ausreichend bemessen. Durch die Bauweise der Kompaktlagergestelle ist die Unterkritikalität der Kompaktlager sichergestellt. Die vorhandenen Kühlsysteme können auch bei voller Belegung der Gestelle die Nachzerfallswärme sicher aus den Brennelement-Lagerbecken abführen. Im bestimmungsgemäßen Betrieb tritt keine unzulässige Strahlenbelastung in der Anlage oder Umgebung des Kernkraftwerks auf. Auch bei den zu betrachtenden Störfällen bleibt die Strahlenbelastung der Umgebung deutlich unter den in § 28 Abs.3 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) genannten Störfallplanungswerten. Durch die Errichtung und den späteren Betrieb der Kompaktlager ist somit keine Gefahr für Leben, Gesundheit und Sachgüter einzelner und/oder der Allgemeinheit zu befürchten.

3.3.2 Der TÜV Bayern, der als Sachverständiger der Genehmigungsbehörde gemäß § 20 AtG mit der sicherheitstechnischen Begutachtung und Prüfung der Anlage beauftragt ist, hat sich bereits in seinem Errichtungsgutachten (s.Abschnitt II.3) und in seinen Teilerrichtungsgutachten für die 2., 3., 4., 5. und 6. Teilgenehmigung mit den Sicherheitsfragen befaßt, die sich für die Errichtung der Anlage ergeben; hierbei hat er keine grundsätzlichen Bedenken erhoben.

Der TÜV Bayern hat sich in Fortsetzung der sicherheitstechnischen Begutachtung und Prüfung der Gesamtanlage in seinem Gutachten vom 23.9.1982 zur Erweiterung der Lagerkapazität für bestrahlte Brennelemente im KRB II auftragsgemäß mit den Sicherheitsfragen befaßt, die



sich im Zusammenhang mit der Errichtung der Kompaktlager ergeben. Dabei wurden insbesondere die Fragen, die sich aus der veränderten Lagergestellbauart, aus der Erhöhung der Nutzlast im Lagerbecken, dem erhöhten Aktivitätsinventar und der damit zusammenhängenden Erhöhung der Nachzerfallswärmeleistung ergeben sowie die an die Kühlung des Lagerbeckens zu stellenden Anforderungen behandelt.

Der TÜV Bayern kommt dabei zu dem Ergebnis, daß gegen die Errichtung der Kompaktlager keine sicherheitstechnischen Einwände bestehen und auch durch den späteren Betrieb der Kompaktlager keine Auswirkungen zu erwarten sind, die nach § 7 Abs.2 Nr.3 und 6 AtG unzulässig wären.

- 3.3.3 Wegen der projektübergreifenden sicherheitstechnischen Bedeutung der Kompaktlagerung hat auch der Bundesminister des Innern ausführliche Beratungen in der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) veranlaßt. Die RSK hat sich daher auf ihrer 125.Sitzung am 22.6.1977 mit dieser Fragestellung näher befaßt. Sie kommt dabei zu der Aussage, daß gegen die Kompaktlagerung bestrahlter Brennelemente keine sicherheitstechnischen Bedenken hinsichtlich nuklearer, mechanischer und wärmetechnischer Auslegung bestehen. Insbesondere ergebe sich beim Vergleich eines Normallagers mit einem Kompaktlager kein erheblicher Unterschied im Gefährdungspotential.

Der Unterausschuß Leichtwasserreaktoren der RSK hat sich auf seiner 26.Sitzung am 16.8.1979 ebenfalls mit der Kompaktlagerung von Brennelementen beschäftigt. In einer anschließenden Stellungnahme vom 17.8.1979 stellte die RSK aufgrund des Beratungsergebnisses des Unterausschusses Leichtwasserreaktoren zusammenfassend erneut fest, daß aus sicherheitstechnischer Sicht gegen eine Kompaktlagerung von Brennelementen in den Brennelement-Lagerbecken von Kernkraftwerken keine Bedenken bestehen.

- 3.3.4 Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH (GRS) hat sich im Auftrag des Bundesministers des Innern ebenfalls mit den sicherheitstechnischen Aspekten bei der Vergrößerung der Lagerkapazität für bestrahlte Brennelemente durch Kompaktlagerung befaßt und ihre Ergebnisse in den Berichten GRS-A-2 vom April 1977 und GRS-A-192 vom August 1978 vorgelegt. In diesen Berichten kommt die GRS zum gleichen Ergebnis wie die Reaktor-Sicherheitskommission.

- 3.3.5 Die im Schreiben des Bundesministers des Innern vom 29.12.1975 zur Errichtung der Anlage erhobenen sicherheitstechnischen Forderungen sind, soweit sie für den vorliegenden Genehmigungsbescheid erheblich sind, erfüllt. Insbesondere kann aufgrund der vorgesehenen Brennelement-Lagerkapazität sichergestellt werden, daß die nach Aufnahme des Betriebs im Reaktordruckbehälter befindliche Kernladung jederzeit zusätzlich aufgenommen werden kann.

- 3.4 Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen (§ 7 Abs.2 Nr.4 AtG)

Eine Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen ist für die 7.Teilgenehmigung nicht erforderlich. Da diese Teilgenehmigung nicht zum Betrieb der Reaktoren und auch nicht zum Umgang mit Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen berechtigt (s.Abschnitt I.2), kann ein nukleares Risiko, wie es die Deckungsvorsorgeverpflichtung voraussetzt, nicht entstehen.

- 3.5 Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter (§ 7 Abs.2 Nr.5 AtG)

Der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter auf die Anlage ist durch



die in der 1. bis 4. Teilgenehmigung zur Errichtung der Anlage angeordneten Maßnahmen baulich-technischer und administrativ-organisatorischer Art auch im Hinblick auf die Kompaktlager gewährleistet. Das gesamte Kraftwerksgelände ist eingezäunt und kann nur über kontrollierte Zugänge betreten und verlassen werden. Die Anlage wird außerdem durch einen bewaffneten Werkschutz gegen unbefugtes Betreten Tag und Nacht bewacht.

- .6 Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens (§ 7 Abs.2 Nr.6 AtG)

Die Frage, ob überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens der Wahl des Standortes des Kernkraftwerks entgegenstehen, wurde bereits bei der Erteilung der 1. Teilgenehmigung eingehend geprüft und verneint.

Eine erneute Prüfung hierzu ergab, daß sich auch durch die Kapazitätserhöhung der Brennelement-Lagerbecken keine Auswirkungen ergeben und dem Vorhaben überwiegende öffentliche Interessen nicht entgegenstehen. Die kompakte Lagerung von Brennelementen führt unter Berücksichtigung der sicherheitstechnischen Aspekte (s. Abschnitt B.3.3), insbesondere auch unter radiologischen Gesichtspunkten, zu keinen Beeinträchtigungen. Der Kapazitätserhöhung der Brennelement-Lagerbecken stehen auch sonstige öffentliche Interessen nicht entgegen (s. Abschnitt B.6).

4. Ermessensentscheidung nach § 7 Abs.2 AtG

Auf die Erteilung einer atomrechtlichen Teilgenehmigung nach § 7 AtG besteht zwar kein Rechtsanspruch. Das StMLU konnte jedoch die 7. Teilgenehmigung erteilen,

weil - abgesehen von der Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen - keine besonderen Umstände vorliegen, die es geboten erscheinen ließen, aus Gründen der in § 1 AtG normierten Schutzzwecke des AtG die Genehmigung zu versagen.

Bei der Ermessensentscheidung war außerdem zu berücksichtigen, daß durch die bisher erteilten Teilgenehmigungen ein erheblicher Vertrauensschutz für die Antragsteller geschaffen worden ist.

Insbesondere spricht auch die Notwendigkeit der Entsorgungsvorsorge im konkreten Fall für die Erteilung der 7. Teilgenehmigung.

Nach § 9a Abs.1 AtG besteht für den Errichter und Betreiber einer kerntechnischen Anlage die Verpflichtung, für die schadlose Verwertung von anfallenden radioaktiven Reststoffen (dazu gehören insbesondere die abgebrannten Brennelemente) oder - soweit dies nicht möglich ist - für deren geordnete Beseitigung als radioaktive Abfälle zu sorgen. Die Mindestanforderungen hierzu sind in den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" vom 29.2.1980 (BAnz.Nr.58 vom 22.3.1980) niedergelegt.

In Erfüllung dieser Verpflichtung haben die Antragsteller im Verlauf des bisherigen Genehmigungsverfahrens zur Errichtung der Anlage die beabsichtigten und getroffenen Vorkehrungen zur Entsorgung des KRB II zunehmend konkretisiert.

Der mit diesem Bescheid genehmigte Einbau von Kompaktlagergestellen in die Brennelement-Lagerbecken des KRB II ist eine weitere Maßnahme zur Entsorgungsvorsorge im Sinne des § 9a Abs.1 AtG. Durch die damit verbundene Erhöhung der Kapazität der Brennelement-Lagerbecken wird die Aufnahme bestrahlter Brennelemente, die beim Betrieb in etwa 12 Jahren anfallen, ermöglicht.



Ausgehend von den voraussichtlichen Inbetriebnahmetermen der beiden Kraftwerksblöcke besteht damit die Möglichkeit, die anfallenden Entladechargen bis Ende 1997 bzw. Mitte 1998 aufzunehmen. Hierbei ist bereits berücksichtigt, daß Lagermöglichkeiten für jeweils eine Vollausladung des Reaktorkerns freigehalten werden.

Als weitere Entsorgungsvorsorge für die beiden Kraftwerksblöcke haben die Antragsteller durch Abschluß von Verträgen mit dem französischen Unternehmen COGEMA die Abnahme von insgesamt 200 t abgebrannten Brennelementen zur Wiederaufarbeitung vertraglich sichergestellt. In Verbindung mit der Nutzung der Kompaktlagergestelle ist damit der Betrieb des Kraftwerks bis zum Jahre 2000 gewährleistet. Zu diesem Zeitpunkt sollen gemäß dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28.9.1979 die nach dem deutschen Entsorgungskonzept vorgesehenen oberirdischen Fabrikationsanlagen sowie die Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle zur Verfügung stehen.

Durch die Errichtung der Kompaktlager und die von den Antragstellern bisher getroffenen sonstigen Vorsorgemaßnahmen zur Entsorgung ist somit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß ein Betrieb des KRB II ohne weitere Entsorgungsmaßnahmen bis zur Inbetriebnahme der im Rahmen des deutschen Entsorgungskonzepts geplanten Entsorgungseinrichtungen möglich sein wird. Insbesondere wird durch die Kompaktlager ermöglicht, daß entsprechend den Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge ab Inbetriebnahme des KRB II für einen Betriebszeitraum von sechs Jahren im voraus der sichere Verbleib der bestrahlten Brennelemente durch zugelassene Einrichtungen des Betreibers sichergestellt ist.

Unbeschadet der bisher getroffenen Entsorgungsvorsorge werden weitere Teilgenehmigungen jedoch nur erteilt werden, wenn eine erneute Prüfung der Entsorgungssituation weiterhin ein positives Gesamtergebnis ermöglicht. Den Antragstellern wurde auferlegt, die zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge vorgelegten Unterlagen im weiteren atomrechtlichen Genehmigungsverfahren fortlaufend zu konkretisieren und eine erhebliche Veränderung der Entsorgungsvorsorge dem StMLU unverzüglich mitzuteilen (s. Abschnitt III.4).

#### 5. Vorläufiges positives Gesamturteil

Bevor das KRB II seinen Betrieb aufnehmen kann, sind weitere atomrechtliche Teilgenehmigungen erforderlich. Eine vorläufige Prüfung hat ergeben, daß der Erteilung dieser künftigen Teilgenehmigungen nach der gegenwärtigen Sach- und Rechtslage keine von vorneherein unüberwindlichen rechtlichen und technischen Hindernisse entgegenstehen.

Auf der Grundlage der bisher erteilten Genehmigungen scheint es möglich, die bereits im 1. Teilgenehmigungsbescheid vom 16.07.1976 enthaltene Genehmigung der grundlegenden Auslegungsmerkmale des KRB II am genehmigten Standort weiterhin so zu konkretisieren, daß sie den Genehmigungsvoraussetzungen des AtG entsprechen werden. Dies wird insbesondere durch den bisherigen Ablauf des Genehmigungsverfahrens bestätigt.

6. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften (§ 14 AtVfV)

Die außer den Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG für die Erweiterung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken im KRB II in Betracht kommenden sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften sind beachtet (s. auch Abschnitt B.3 des 1. Teilgenehmigungsbescheids).

Zu den das Kompaktlager betreffenden Gesichtspunkten ist festzustellen:

6.1 Raumordnung und Landesplanungsrecht

Die Regierung von Schwaben - Höhere Landesplanungsbehörde - hat für die Gesamtanlage des KRB II gem.

Art. 23 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG) ein Raumordnungsverfahren durchgeführt und mit der landesplanerischen Beurteilung vom 1.4.1975 Nr. 800-1055/73 E 5 abgeschlossen (s. Abschnitt B.3.2 des 1. Teilgenehmigungsbescheids).

Nach dem Ergebnis dieses Raumordnungsverfahrens entspricht das Kernkraftwerksvorhaben unter der Voraussetzung, daß bestimmte Maßgaben erfüllt werden, den Erfordernissen der Raumordnung. Diesen Maßgaben wird durch Auflagen im atomrechtlichen und Verwaltungsverfahren Rechnung getragen.

Die Erweiterung der Brennelement-Lagerkapazität beim KRB II durch Kompaktlagerung stellt keine überörtlich wirkende raumbedeutsame Maßnahme im Sinne von § 3 Abs. 1 Raumordnungsgesetz dar, welche eine erneute landesplanerische Überprüfung erforderlich machen würde (s.a. Abschnitt C.6).

6.2 Baurecht

Mit Bescheid des Landratsamts Günzburg vom 20.7.1976 Nr. IV-Az.602-2/1 wurde die Genehmigung zur Errichtung der baulichen Anlagen der Reaktorgebäude Block B und C des KRB II und damit auch der beiden Brennelement-Lagerbecken erteilt.

Durch die Kapazitätserweiterung der Lagerbecken werden keine baulichen Veränderungen veranlaßt. Nach der im Schreiben des Landratsamts Günzburg vom 15.12.1980 getroffenen Feststellung bedarf diese Maßnahme daher keiner eigenen baurechtlichen Genehmigung. Im Hinblick auf die erhöhte Beckenbelastung wurde vom zugezogenen Sachverständigen für Baustatik die ausreichende Bemessung der Betonstruktur bestätigt.

6.3 Wasserrecht

Gesichtspunkte des Wasserrechts stehen der Erteilung dieser Genehmigung nicht entgegen.

Das für den Betrieb des Kernkraftwerks benötigte Zusatz- und Nebenkühlwasser soll aus der Donau entnommen und im erwärmten Zustand zum Teil zusammen mit dem Abschlammwasser wieder in den Fluß zurückgeleitet werden. Außerdem sollen aufbereitete radioaktive Abwässer und sonstige inaktive Wässer in die Donau eingeleitet werden. Für diese Gewässerbenutzungen bedarf es jeweils einer Bewilligung, Erlaubnis oder Planfeststellung nach den Vorschriften des Wasserrechts (§§ 2, 3 Abs. 1 Nr. 1, 4 und 6 sowie Abs. 2 Nr. 1 und § 31 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 27.7.1957 (BGBl I S. 1110), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.4.1976 (BGBl I S. 1109) in Verbindung mit den Bestimmungen des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) vom 26.7.1962 (GVBl S. 143) i.d.F. der Bekanntmachung vom 7.3.1975 (GVBl S. 39).



Hierüber wird das Landratsamt Günzburg aufgrund der Gutachten der zuständigen amtlichen Sachverständigen, insbesondere des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft, zu entscheiden haben.

Das Staatsministerium des Innern hat als die für den Vollzug des Wasserrechts zuständige oberste Landesbehörde im Genehmigungsverfahren zum 1. Teilgenehmigungsbescheid gem. § 7 Abs. 4 Satz 1 AtG Stellung genommen und nach Anhörung des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft die Erteilung der für die Kühlwasserversorgung erforderlichen wasserrechtlichen Gestattungen grundsätzlich in Aussicht gestellt (s. Abschnitt B. 3.5 des 1. Teilgenehmigungsbescheids).

Im Genehmigungsverfahren zur Erweiterung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken im KRB II hat das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft gem. § 7 Abs. 4 Satz 1 AtG Stellung genommen. Das Landesamt stellt in seinem Schreiben vom 28.5.1980 Nr. 1648/4-II/5b/6c/7-GZ/g KRB II dabei fest, daß die aus der Kompaktlagerung zusätzlich gegenüber der bisherigen Planung an die Donau abzuführende Abwärme äußerst gering ist und die Aufwärmung der Donau selbst unter ungünstigen meteorologischen Bedingungen nicht meßbar sein wird. Es stellt weiterhin fest, daß kein zusätzliches radioaktiv kontaminiertes Abwasser durch die Kompaktlagerung anfällt, das in den Abwasserreinigungsanlagen aufbereitet werden müßte. Änderungen gegenüber den Angaben im wasserrechtlichen Verfahren ergäben sich deshalb nicht.

Über die einzelnen Auflagen und Bedingungen für die Benutzung und den Schutz der Gewässer durch den Betrieb des KRB II, insbesondere über höchstzulässige Grenzwerte für die Erwärmung der Donau und die Einleitung

radioaktiver Abwässer, muß noch in wasserrechtlichen und atomrechtlichen Verfahren entschieden werden. Dabei wird gefordert werden, die Gewässerbeeinträchtigung innerhalb der zulässigen Grenzen so gering wie nach dem Stand von Wissenschaft und Technik möglich zu halten.

#### C. Einwendungen

Das in der atomrechtlichen Verfahrensverordnung zur Beteiligung Dritter vorgeschriebene Bekanntmachungs- und Auslegungsverfahren (§§ 4 - 7 AtVfV) wurde ordnungsgemäß durchgeführt (s. Abschnitt A.3.2 und B.2.2).

Die fristgerecht erhobenen Einwendungen, die bei den in der öffentlichen Bekanntmachung des Vorhabens benannten Stellen eingegangen sind, wurden in das Verfahren zur Erteilung dieses Bescheids einbezogen. Die erst nach dem 27.6.80 und damit verspätet eingegangenen Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhten, waren gemäß § 7 Abs. 1 AtVfV ausgeschlossen. Da die verspäteten Einwendungen inhaltlich mit fristgerecht vorgebrachten Einwendungen übereinstimmen, ist ihr Inhalt jedoch bei der Sachprüfung mit berücksichtigt. Die Einwendungen wurden ausgewertet, sachlich aufbereitet und die vorgebrachten Argumente in Themengruppen zusammengefaßt. In dem nach den Bestimmungen der AtVfV (§§ 8 - 13) am 29.7. und 30.7.1980 in Gundremmingen durchgeführten Erörterungstermin hatten die Einwender Gelegenheit, ihre in den Einwendungsschreiben vorgebrachten Einwendungen mit den Antragstellern und den vom StMLU zugezogenen Sachverständigen und Behörden mündlich zu erörtern.

Das materielle Vorbringen der Einwender gegen die Erhöhung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken wurde im Rahmen der Sachprüfung für die Genehmigungsentscheidung berücksichtigt, soweit es für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen des § 7 Abs. 2 AtG überhaupt von Bedeutung sein konnte (s. § 8 Abs. 2 AtVfV) oder sonst im Genehmigungsverfahren zu prüfen war. Nicht behandelt werden daher im folgenden z.B. Einwendungen, die gegen die friedliche Nutzung der



Kernenergie im allgemeinen gerichtet waren oder die den Wegfall der gesetzlich vorgesehenen Haftungs- und Deckungsvorsorgebegrenzung forderten.

Nachfolgend wird auf die Einwendungen, deren wesentlicher Inhalt in einzelnen Sachgruppen zusammengefaßt ist, eingegangen:

# 1. Technische Auslegung des Kompaktlagers

## 1.1 Kritikalitätssicherheit

Das zur Berechnung der Unterkritikalität des Kompaktlagers verwendete Rechenprogramm sei neu und unerprobt; es fehlten jegliche Erfahrungen, ob der maximal zulässige Wert von  $k_{00} = 0.95$  eingehalten werden kann. Auch bei Störfällen könne die sichere Beherrschung einer unkontrollierten Kettenreaktion nicht gewährleistet werden.

Das zur Berechnung der Unterkritikalität verwendete Rechenprogramm beruht in seiner Lösungsmethode auf dem sogenannten Monte Carlo-Verfahren. Mit diesem Programm ist es möglich, die Lageranordnung der Brennelemente genau zu erfassen. Es hat sich bei der Nachrechnung kritischer Experimente sowie der Kritikalitätssicherheit von Brennelementlagern bewährt. Die Rechengenauigkeit des Programms ist somit abgesichert. Für das Kompaktlager ergibt sich ein maximaler Wert für den Multiplikationsfaktor von  $k_{00} = 0.93$ , der deutlich unter dem nach DIN 25428 zulässigen Wert von 0,95 liegt. Im übrigen wäre die Unterkritikalität des Kompaktlagers bei allen Werten von  $k_{00}$  kleiner 1 gegeben.

Störfälle, die die Kritikalitätssicherheit des Kompaktlagers beeinträchtigen könnten, sind nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen. Eine Änderung der Geometrie der Lageranordnung, die zu einer Beeinträchtigung der Kritikalitätssicherheit führen könnte, kommt aufgrund

der Sicherheitsvorkehrungen gegen Einwirkungen von außen und gegen den Absturz schwerer Lasten sowie der konstruktiven Auslegung der Gestelle nicht in Betracht. Ein Kritikalitätsstörfall aufgrund einer Änderung der Moderation ist ebenfalls auszuschließen, da wegen des negativen Temperaturkoeffizienten der Reaktivität der Kompaktlageranordnung die Kritikalitätssicherheit bei Temperaturerhöhung - z.B. durch den zeitweisen Ausfall der Beckenkühlung - zunehmen würde. Auch eine Verminderung der Absorberwirkung ist, wie Untersuchungen gezeigt haben, vernachlässigbar.

## 1.2 Auslegung und Redundanz der Lagerbeckenkühlsysteme

Die Auslegung und Redundanz der Kühlsysteme seien nicht ausreichend. Bei Niedrigwasserstand der Donau sei eine ausreichende Kühlung des Lagerbeckens nicht gewährleistet.

Die Vergrößerung des Lagerinventars ist aufgrund der ständig abnehmenden Nachzerfallswärmeleistung der entladenen Brennelemente mit keiner wesentlichen Erhöhung der aus dem Brennelement-Lagerbecken abzuführenden Wärmemenge verbunden. Die für die Lagerbecken vorgesehenen Kühlsysteme sind, wie Rechnungen zeigen, so ausgelegt, daß die in DIN 25428 festgelegten zulässigen Beckenwassertemperaturen auch bei Kompaktlagerung bei allen Beladezuständen des Brennelement-Lagerbeckens sowie allen zu unterstellenden Betriebsbedingungen und Störfällen eingehalten werden. Aufgrund der angenommenen Sicherheitszuschläge werden die tatsächlich auftretenden Beckenwassertemperaturen noch unter den errechneten Werten liegen.



Das Lagerbeckenkühlsystem ist zweisträngig mit einer Kühlkapazität von 100 % je Strang aufgebaut. Die beiden Stränge enthalten als wesentliche Komponenten je eine Lagerbeckenpumpe sowie einen Lagerbeckenkühler und sind über eine absperrbare Rohrleitung miteinander verbunden. Die Lagerbeckenkühler sind an die Kühlkette Zwischenkühlsystem/notstromgesichertes Nebenkühlwassersystem angeschlossen, die mit jeweils 2 parallel geschalteten Pumpen und Wärmetauschern von je 100 % Kühlkapazität aufgebaut sind. Die entsprechenden Kühlketten beider Blöcke B und C sind außerdem zusammenschaltbar.

Als weitere Systeme zur Kühlung des Brennelement-Lagerbeckens stehen bei abgeschaltetem drucklosen Reaktor die drei Stränge des Nuklearen Nachkühlsystems zur Verfügung, von denen jeder zur Beckenkühlung - ggf. gleichzeitig zur Kühlung des Reaktorkerns im Reaktor-druckbehälter - herangezogen werden kann. Somit ist durch die zweisträngige Ausführung des Lagerbeckenkühlsystems und der Möglichkeit der Beckenkühlung durch das Nukleare Nachkühlsystem die redundante Versorgung des Brennelement-Lagerbeckens mit Kühlwasser sichergestellt. Durch die Verbindungsmöglichkeit der blockzugeordneten Kühlketten der Lagerbeckenkühlung wird die Verfügbarkeit der Beckenkühlung zusätzlich erhöht.

Die Wasserführung der Donau hat keinen Einfluß auf die Lagerbeckenkühlung, da bei der Auslegung der Kühlsysteme das niedrigste Niedrigwasser berücksichtigt wurde.

### 1.3 Kühlung des Brennelement-Lagerbeckens

Ein Ausfall der Lagerbeckenkühlung würde zu einer Dampf-Zirkaloy-Reaktion und damit zu einer Knallgasexplosion führen.

Die zur Kühlung des Brennelement-Lagerbeckens vorgesehenen Kühlsysteme und die für eine ausreichende Wasserhaltung im Lagerbecken getroffenen Maßnahmen stellen bei allen zu betrachtenden Betriebs- und Störfällen die Kühlung der Brennelemente im Lagerbecken sicher.

Die Systeme zur Kühlung des Lagerbeckens sind in ihrer Kapazität und Redundanz so ausgelegt, daß eine ausreichende Wärmeabfuhr aus dem Lagerbecken jederzeit gewährleistet ist (vgl. hierzu Abschnitt C.1.2). Ein unzulässiger Wasserverlust aus dem Lagerbecken infolge von Undichtigkeiten oder Bruch einer der Lagerbeckenwände durchdringenden Anschlußrohrleitung wird sicher beherrscht. Der Abriß einer Anschlußrohrleitung führt im ungünstigsten Falle zu einer Wasserspiegelabsenkung im Lagerbecken von ca. 2,5 m. Die verbleibende Wasserüberdeckung der Brennelemente beträgt dann noch rund 4,7 m. Ist die Reparatur der beschädigten Rohrleitung in angemessener Zeit nicht durchführbar, so kann die Rohrleitung verschlossen und die Kühlung des Brennelement-Lagerbeckens mit dem verbleibenden Strang des Beckenkühlsystems fortgeführt werden.

Der Bodenablauf des Lagerbeckens ist konstruktiv gegen Wasserverlust des Beckens dreifach gesichert. Die Absicherung erfolgt mittels eines Verschlußdeckels und einer geschlossen verriegelten Absperrarmatur. Zusätzlich ist die Bodenablaufleitung durch ein Ausbaustück unterbrochen; die Rohrleitungsenden sind mit Blinddeckeln verschlossen. Ein unbeabsichtigtes Entleeren des Beckens kann somit ausgeschlossen werden.

Die Betonwände und der Boden des Lagerbeckens sind mit einer korrosionsbeständigen Stahlblechauskleidung versehen, die mit einem Leckageerkennungssystem auf Undichtigkeiten überwacht wird. Mit diesem System können Leckstellen in der Beckenauskleidung erkannt werden, an denen dann die notwendigen Reparaturen durchgeführt werden.



Da das Beckenkühlsystem völlig getrennt vom nuklearen Dampferzeugungssystem aufgebaut ist, sind auch bei Eintritt eines Kühlmittelverluststörfalls keine schaltungstechnischen Maßnahmen zum Weiterbetrieb der Kühlung des Lagerbeckens erforderlich. Eventuell anfallende Wartungs- oder Reparaturarbeiten sind aufgrund der Zugänglichkeit der entsprechenden Räume möglich.

Eine Dampf-Zirkaloy-Reaktion kann somit nicht auftreten. Damit ist auch die Bildung von Knallgas ausgeschlossen.

#### 1.4 Erhöhte Belastung des Brennelement-Lagerbeckens

Das Brennelement-Lagerbecken sei für die erhöhte Belastung durch die kompakte Lagerung der Brennelemente nicht ausgelegt.

Die beiden Reaktorgebäude des KRB II und die Betonstrukturen der Brennelement-Lagerbecken sind so bemessen, daß auch die bei der Kompaktlagerung auftretenden Lasten abgetragen werden können. Die ausreichende Auslegung der Gebäude und die Bemessung der Betonstrukturen der Lagerbecken wurde von einem unabhängigen Sachverständigen im baurechtlichen Verfahren bestätigt. Danach können die zusätzlichen Lasten ohne weitere Baumaßnahmen sowohl bei Betrieb als auch bei Einwirkungen von außen sicher abgetragen werden. Eine Beeinträchtigung der Standsicherheit der Reaktorgebäude ist nicht gegeben.

Die durch die Anlagenerrichtung hervorgerufenen Gebäudesetzungen werden laufend verfolgt und bei der weiteren Errichtung berücksichtigt. Die Vergrößerung der Baugrundbelastung infolge Kompaktlagerung ist dabei in ihrem Einfluß auf das Setzungsverhalten der Reaktorgebäude vernachlässigbar.

#### 1.5 Mangelnde Erfahrung mit der Kompaktlagerung

Die Korrosionsbeständigkeit der Brennstabhüllrohre und das Verhalten der Absorberschächte sei bei jahrzehntelanger Lagerung im Lagerbecken nicht erwiesen.

Aufgrund der hohen Korrosionsbeständigkeit der Zirkaloy-Brennstabhüllrohre ist der Korrosionsangriff selbst während des nuklearen Leistungsbetriebes sehr gering. Im Brennelement-Lagerbecken ist der Korrosionsangriff aufgrund der geringeren Wassertemperatur wesentlich geringer als während des Leistungsbetriebs. Der Korrosionsangriff auf die Brennstabhüllrohre während der Lagerung im Brennelement-Lagerbecken ist daher völlig unerheblich.

Wie langjährige Erfahrungen bestätigen, werden aus undichten Brennelementen im Lagerbecken aufgrund der im Vergleich zum Leistungsbetrieb im Reaktorkern sehr niedrigen Temperaturen nur noch im geringen Umfang radioaktive Stoffe freigesetzt. Dies gilt insbesondere für Brennelemente, die sich bereits einige Zeit im Lagerbecken befinden. Außerdem ist bei diesen Brennelementen die Aktivität der radiologisch wirksamsten leichtflüchtigen Radionuklide bereits weitgehend abgeklungen. Auch ein Fortschreiten von Brennelementschäden ist, wie die vorliegenden Erfahrungen mit der Lagerung von Brennelementen mit Zirkaloy-Hüllrohren über einen langjährigen Zeitraum zeigen, nicht gegeben. Im übrigen sind für Brennelemente mit größeren mechanischen Schäden, die zwar unwahrscheinlich sind, aber nicht ganz ausgeschlossen werden können, ausreichende Lagermöglichkeiten in Sondergestellen vorgesehen, in denen diese in speziellen Behältern gelagert werden können. Damit wird eine Kontamination des Beckenwassers durch defekte Brennelemente verhindert.



Eine Korrosionsschädigung der Absorberschächte bzw. eine Reaktion mit dem Lagerbeckenwasser ist auszuschließen. Trotzdem werden zur weiteren Absicherung des Korrosionsverhaltens des Absorbermaterials in die Brennelement-Lagerbecken geeignete Einhängeproben aus dem beim KRB II verwendeten Material eingebracht und regelmäßig untersucht.

#### 1.6 Äußere Einwirkungen

Die Errichtung eines Kompaktlagers würde zu einer besonderen Gefährdung im Falle einer Einwirkung von außen führen.

Das Brennelement-Lagerbecken in jedem der beiden Blöcke B und C ist innerhalb der gegen Einwirkungen von außen geschützten Reaktorgebäude angeordnet. Der sichere Einschluß und eine ausreichende Kühlung der bestrahlten Brennelemente im Lagerbecken ist damit bei den zu betrachtenden äußeren Einwirkungen sichergestellt.

Zur Beherrschung der Belastungen durch Flugzeugabsturz oder Druckwellen von außen infolge chemischer Reaktionen sind die Reaktorgebäude so bemessen, daß die Standicherheit der Bauwerke gewährleistet ist und ein Durchdringen der Gebäudeaußenwand bei einem Flugzeugaufprall nicht auftritt. Wie alle übrigen sicherheitstechnisch wichtigen Anlagenteile sind auch die Lagerbecken mit ihren Einbauten und den erforderlichen Einrichtungen zur Brennelementhandhabung und zur Lagerbeckenkühlung gegen die dabei auftretenden Erschütterungen sowie gegen die Belastungen durch Erdbeben ausgelegt.

Zum Schutz gegen Terroristenaktionen oder Sabotage sind eine Reihe baulich-technischer und administrativer Maßnahmen im Rahmen der Errichtung und des Betriebes

der Gesamtanlage vorgesehen, die den Schutz des Kompaktlagers mit einschließen.

#### 2. Auswirkungen bei Normalbetrieb

##### 2.1 Gewässerschutz

Es seien nachteilige Auswirkungen auf die Beschaffenheit des Wassers in den in der näheren Umgebung des KRB II gelegenen Trinkwassergewinnungsanlagen zu befürchten.

Bei der Nutzung der Brennelement-Lagerbecken wird auf direktem Wege kein Abwasser aus den Lagerbecken abgegeben. Das im Lagerbecken-Reinigungssystem anfallende Spülwasser wird nach entsprechender Aufbereitung in der Anlage weiter verwendet. Etwaige Leckagen aus dem Beckenkühlkreislauf oder dem Lagerbecken-Reinigungskreislauf werden nur nach vorhergehender Reinigung und Dekontamination entsprechend der sicherheitstechnischen Regel für die Abgabe radioaktiver Abwässer (KTA 1504) in den Vorfluter abgegeben.

Die beim Betrieb der Anlage im Brennelement-Lagerbecken entstehende Wärme wird in einem geschlossenen Rückkühlkreislauf über die beiden Kühltürme an die Atmosphäre abgegeben. Dabei ist die durch die Kompaktlagerung zusätzlich gegenüber der Normallagerung erzeugte Wärmeleistung im Vergleich zur Gesamtabwärmemenge des Kernkraftwerks vernachlässigbar gering. Lediglich bei Stillstand der Anlage, im Notstrombetrieb oder bei Störfällen wird die im Kompaktlager erzeugte Wärmemenge an die Donau abgegeben. Die Aufwärmung der Donau ist dabei so gering, daß sie selbst unter ungünstigen meteorologischen Bedingungen nicht meßbar sein wird. Die langfristige Lagerung von bestrahlten Brennelementen im Kompaktlager führt auch zu keiner nachweisbaren

Erhöhung der im bestimmungsgemäßen Betrieb zu erwartenden jährlichen Aktivitätsabgaben mit der Fortluft in die Umgebung.

Die befürchtete Beeinträchtigung der Trinkwasserbeschaffenheit durch radioaktive Stoffe oder sonstige Einflüsse infolge Kompaktlagerung ist somit nicht gegeben.

## 2.2 Strahlenbelastung und Radiologie

Die Vergrößerung der Lagerkapazität führe zu einer Erhöhung der Strahlenbelastung und zu einer Beeinträchtigung der Umgebung. Es sei zu befürchten, daß biologisch bedeutsame Radionuklide wie Tritium und Kohlenstoff-14 und die radioaktive Belastung durch Anreicherung in der Nahrungskette nicht berücksichtigt werden und die in der Strahlenschutzverordnung festgelegten Grenzwerte nicht eingehalten werden können.

Durch die Vergrößerung der Lagerkapazität erfolgen gegenüber der bisher geplanten Anlagenbetriebsweise keine nennenswert erhöhten Freisetzungen radioaktiver Stoffe mit der Fortluft und dem Abwasser.

Die im Brennelement-Lagerbecken eingelagerten Brennelemente unterliegen wesentlich geringeren Beanspruchungen hinsichtlich Temperatur, Druck und Korrosion als während ihres Einsatzes beim Reaktorbetrieb, so daß nachträglich eintretende Hüllrohrschäden nicht zu erwarten sind. Aus länger gelagerten Brennelementen, wie sie bei der Kompaktlagerung zu betrachten sind, können nur sehr geringe Aktivitätsmengen freigesetzt werden, da die kurzlebigen Spaltprodukte praktisch abgeklungen sind.

Feste Verunreinigungen, insbesondere radioaktive Spaltprodukte und sonstige aktivierte Produkte werden regelmäßig mit dem Beckenreinigungssystem aus dem Lagerbeckenwasser entfernt, so daß sich hier keine unzulässige Kontamination ansammeln kann. Da sich der Aktivitätseintrag in das Lagerbeckenwasser im wesentlichen aus der Vermischung des Reaktorkühlwassers mit dem Beckenwasser beim Brennelementwechsel bestimmt, ist der Aktivitätsanfall in den Filtern des Beckenreinigungssystems weitgehend unabhängig von der Zahl der eingelagerten Brennelemente.

Durch Neutronenabsorption in den zur Sicherstellung der Unterkritikalität des Kompaktlagers eingesetzten Borstahlabsobern entsteht Tritium. Infolge des geringen Neutronenflusses im Lagerbecken beträgt die zusätzlich entstehende Tritiumaktivität jedoch nur einige Mikro-Curie pro Jahr. Diese Tritiummenge ist im Vergleich zu dem im Lagerbecken vorhandenen, vorwiegend auf die Vermischung des Beckenwassers mit dem Reaktorkühlwasser beim Brennelementwechsel zurückzuführenden Tritiuminventar unbedeutend gering.

Die Entstehung von Kohlenstoff-14 ist an die beim Reaktorbetrieb im Reaktorkern vorhandenen hohen Neutronenflüsse und Temperaturen gebunden. Nach Reaktorabschaltung und Entladung der bestrahlten Brennelemente in das Kompaktlagerbecken ist aufgrund der dort vorliegenden Bedingungen die Entstehungsrate von Kohlenstoff-14 völlig bedeutungslos.

Die Ermittlung der Strahlenexposition durch die aus dem KRB II in die Umgebung abgegebenen radioaktiven Stoffe erfolgt auf der Grundlage der vom Bundesminister des Innern herausgegebenen Richtlinie "Allgemeine Berechnungsgrundlage für die Strahlenexposition bei radioak-



tiven Ableitungen mit der Abluft oder in Oberflächengewässer". Bei der Berechnung der Strahlenexposition werden alle strahlenbiologisch relevanten Nuklide, so auch Tritium und Kohlenstoff-14, erfaßt und gemäß dieser Richtlinie die radioaktive Belastung durch Anreicherungs Vorgänge in der Nahrungskette berücksichtigt. Im Genehmigungsverfahren für den Betrieb des KRB II werden die betrieblich maximal zulässigen Aktivitätsabgaben mit der Fortluft und dem Abwasser so festgelegt, daß die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung für die Strahlenbelastung in der Umgebung unter Berücksichtigung der im Standortbereich bestehenden Vorbelastungen nicht überschritten werden. Eine Gefährdung der Bevölkerung oder eine Beeinträchtigung der Umgebung durch radioaktive Ableitungen kann daher bei bestimmungsgemäßen Betrieb des Kompaktlagers und für die in Betracht zu ziehenden Störfälle ausgeschlossen werden.

Durch die vorhandenen Maßnahmen zur Strahlungsabschirmung und die Auslegung der Einrichtungen zur Beckenreinigung sowie durch die mit der dichteren Anordnung der Brennelemente im Kompaktlagerbecken verbundene Zunahme der Selbstabsorption der Strahlung wird die Strahlenbelastung des Betriebspersonals unterhalb der zugelassenen Dosisgrenzwerte gehalten.

### 3. Störfälle und Störfallauswirkungen

#### 3.1 Gefährdungspotential und Gefahrenerhöhung

Bei Kompaktlagerung würde sich das Inventar an langlebigen radioaktiven Stoffen beträchtlich erhöhen. Damit nehme die Umweltgefährdung bei Stör- und Katastrophenfällen erheblich zu.

Aufgrund der beim KRB II vorgesehenen Sicherheitsvorkehrungen kann eine Gefährdung der Umwelt durch Frei-

setzungen radioaktiver Stoffe nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen werden.

Die Erweiterung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken durch den Einbau von Kompaktlagergestellen führt zwar bei zunehmender Belegung mit bestrahlten Brennelementen zu einer Erhöhung des Aktivitätsinventars an länger- und langlebigen Radionukliden, hat aber keine wesentliche Erhöhung des Gefährdungspotentials zur Folge. Im Vergleich zum Reaktorkern ist das Gefährdungspotential der zusätzlichen, bereits längere Zeit im Becken lagernden Brennelemente gering, da die radiologisch wirksamsten leichtflüchtigen Radionuklide bereits weitgehend abgeklungen sind und der überwiegende Teil der länger- und langlebigen Radionuklide nicht flüchtig oder schwerflüchtig ist.

#### 3.2 Absturz schwerer Lasten

Lagerbecken und Lagergestelle seien nicht gegen den Absturz schwerer Lasten geschützt; Freisetzen erheblicher Mengen radioaktiver Stoffe und Kritikalitätsstörfälle könnten die Folge sein.

Durch die Anordnung jeweils eines separaten Abstellbeckens für den Transportbehälter zum Abtransport bestrahlter Brennelemente wird erreicht, daß dieser nicht in oder über dem Brennelementlager bewegt werden muß. Die sonstigen im Reaktorgebäude durchzuführenden Transporte betreffen wesentlich geringere Lasten und werden mit dem Reaktorgebäudekran vorgenommen. Bei diesen Transporten, deren Anzahl sich im übrigen durch die Erweiterung der Lagerkapazität nicht erhöhen wird, ist durch technische und administrative Maßnahmen sichergestellt, daß ein Lasttransport über dem Lagerbecken nicht erfolgt. Lastabstürze in das Lagerbecken und



damit die Freisetzung erheblicher Mengen radioaktiver Stoffe oder Kritikalitätsstörfälle sind daher auszuschließen. Unabhängig hiervon ist aufgrund der hohen Anforderungen an die Auslegung, die Fertigung und Funktionssicherheit des Reaktorgebäudekrans und der sonstigen Transporteinrichtungen sowie der jährlich vorzunehmenden Wiederholungsprüfungen die Wahrscheinlichkeit eines Lastabsturzes außerordentlich gering.

Im Bereich des Lagerbeckens erfolgt die Handhabung der Brennelemente sowie anderer kleinerer Lasten ausschließlich mit der Brennelementlademaschine, deren Greifmechanismus so gesichert und überwacht wird, daß ein Absturz von Lasten ausgeschlossen werden kann. Zusätzlich verhindern Einrichtungen zur Lastbegrenzung das unbeabsichtigte Anheben schwererer Lasten. Durch die konstruktive Gestaltung der Kompaktlagerstelle ist darüber hinaus sichergestellt, daß ein Brennelementabsturz zu keiner unzulässigen Veränderung der Geometrie der Lageranordnung oder Beeinträchtigung anderer Brennelemente führen würde. Die Unterkritikalität des Kompaktlagers wäre in jedem Fall gewährleistet.

#### 4. Entsorgung

Die Entsorgung der Kernkraftwerke von abgebrannten Brennelementen sei längerfristig noch nicht gesichert. Daher sei zu befürchten, daß das Kompaktlager zu einem Langzeitlager werde. Es sei auch zu befürchten, daß Brennelemente aus anderen Kernkraftwerken im KRB II eingelagert werden würden.

Wie in Abschnitt B.4 dargelegt, dient das Kompaktlager lediglich zur Überbrückung des Zeitraumes bis zum Abtransport der abgebrannten Brennelemente in die nach dem deutschen Entsorgungskonzept vorgesehenen Entsorgungseinrichtungen (Zwischenlager, Wiederaufarbeitungsanlage, Endlager) oder in eine ausländische Entsor-

gungsanlage. Aufgrund des Beschlusses der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28.09.1979 ist zu erwarten, daß die deutschen Entsorgungsanlagen rechtzeitig zur Verfügung stehen werden. Derzeit ist in Gorleben/Niedersachsen ein Zwischenlager in Bau, für ein weiteres Zwischenlager in Ahaus/Nordrhein-Westfalen läuft derzeit ein Planfeststellungsverfahren. Für die Errichtung und zum Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage in Bayern und Niedersachsen liegen Anträge vor. Die im übrigen vorgesehenen deutschen Entsorgungsanlagen sollen spätestens zum Ende der 90er Jahre betriebsbereit sein.

Die Nutzung der Kompaktlagergestelle ist ausschließlich auf die Lagerung der Brennelemente des KRB II beschränkt. Brennelemente aus anderen Kernkraftwerken dürfen aufgrund dieses Genehmigungsbescheides nicht in die Lagerbecken des KRB II eingesetzt werden (siehe Abschnitt I).

#### 5. Katastrophenschutzplanung

Ein wirksamer Katastrophenschutz sei nicht gegeben. Vor Einbau der Kompaktlagergestelle sei die Vorlage eines Katastrophenschutzplanes notwendig.

Das KRB II wird so errichtet und betrieben werden, daß extreme Störfälle, die zu einer ernsthaften Gefährdung der umwohnenden Bevölkerung führen könnten, nach menschlichem Ermessen nicht eintreten werden. Dem liegt die Tatsache zugrunde, daß beim KRB II - ebenso wie bei allen anderen deutschen kerntechnischen Anlagen - die Anforderungen des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung, insbesondere die Forderung nach einer dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechenden Schadensvorsorge, verwirklicht werden. Dennoch wird auch bei größtem technischen Aufwand immer ein gewisses Restrisiko verbleiben. Dieses weiter zu vermindern ist Sinn und Zweck der Katastrophenschutzplanung.



Die Aufstellung von Katastrophenschutzplänen erfolgt außerhalb des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens und gehört zum Vollzug der allgemeinen Katastrophenschutzgesetze der Länder. Die Einsichtnahme in den für die Offenlegung bestimmten Katastrophenschutzplan für das KRB II ist nach dessen Fertigstellung bei der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde möglich. Im übrigen berechtigt die vorliegende Genehmigung nicht zum Umgang mit Kernbrennstoffen oder sonstigen radioaktiven Stoffen, so daß hypothetische Störfälle, die Notfallschutzmaßnahmen erfordern könnten, derzeit nicht auftreten können.

6. Raumordnungsverfahren

Vor Einbau der Kompaktgestelle sei die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens notwendig.

Die Erweiterung der Lagerkapazität der Brennelement-Lagerbecken des KRB II durch den Einbau von Kompaktgestellen bedurfte keiner landesplanerischen Überprüfung in einem förmlichen Verfahren (Raumordnungsverfahren), da es sich um keine überörtlich wirkende raumbedeutsame Maßnahme im Sinne von § 3 Abs.1 Raumordnungsgesetz handelt. Der Einbau der Kompaktgestelle in die Lagerbecken stellt zwar eine wesentliche Änderung der Anlage im Sinne von § 7 Abs.1 AtG dar, führt aber nicht zu einer grundsätzlichen, für die Raumordnung relevanten Änderung der Gesamtkonzeption, da die Lagerbecken selbst baulich nicht verändert werden und ihre Funktion erhalten bleibt (s. Abschnitt B.6.2). Über den Bestand des KRB II hinaus wird auch kein Grund und Boden in Anspruch genommen. Ferner werden die bereits landesplanerisch überprüften Gesamtauswirkungen des KRB II auf den Raum durch die Kompaktlagerung nicht nennenswert verändert. Zusätzliche Auswirkungen auf die Siedlungs-, Wirtschafts- und Infrastruktur des Raumes sind nicht erkennbar.

D. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung in Abschnitt VIII.1 beruht auf den Vorschriften des § 21 Abs.1 Nr.1, Abs.2 und 3 AtG i.V. mit § 1, § 2 Satz 1 Nr.1 Buchst.a AtKostV vom 17.12.1981 (BGBl I S.1457). Gemäß § 13 Abs.1 Nr.1 und Abs.2 VwKostG vom 23.6.1970 (BGBl I S.821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.12.1976 (BGBl I S.3341), haben die Antragsteller die Kosten des Verfahrens als Gesamtschuldner zu tragen.

Die in Abschnitt VIII.2 festgesetzte Gebühr wird als Abschlag auf die endgültige Gebühr erhoben, die zwei vom Tausend der anrechnungsfähigen Errichtungskosten für die gesamte Anlage beträgt (§ 2 Nr.1a, § 3 AtKostV). Die endgültige Festsetzung der Höhe der Gebührenschuld für die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb der gesamten Anlage bleibt der abschließenden Entscheidung im Genehmigungsverfahren nach § 7 AtG vorbehalten.

Neben der Verwaltungsgebühr sind die Auslagen des Genehmigungsverfahrens (§ 21 Abs.1 AtG, § 10 VwKostG), insbesondere die Aufwendungen für die zugezogenen Sachverständigen, zu erstatten. Diese werden jeweils gesondert erhoben.

E. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des vorliegenden Bescheids gemäß § 80 Abs.2 Nr.4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21.1.1960 (BGBl I S.17) ist sowohl im öffentlichen Interesse als auch im überwiegenden Interesse der beteiligten Energieversorgungsunternehmen RWE AG und BAG geboten.

1. Nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten ist die Anlieferung der Brennelemente ab Juli 1983, die Inbetriebnahme von KRB II, Block B, im Dezember 1984 und von



KRB II, Block C, im Oktober 1985 geplant. Diese Termine können nur dann gehalten werden, wenn die mit diesem Bescheid zu genehmigenden Arbeiten unmittelbar nach dessen Erteilung in Angriff genommen werden können. Dies wäre ohne die Anordnung der sofortigen Vollziehung im Falle einer Anfechtungsklage wegen deren aufschiebender Wirkung (§ 80 Abs. 1 VwGO) nicht möglich. Dadurch würde sich auch die noch zu genehmigende Betriebsaufnahme der beiden Kernkraftwerksblöcke verzögern. Aus folgenden Gründen wäre dies sowohl im öffentlichen Interesse als auch im Überwiegenden Interesse der Antragsteller RWE AG und BAG nicht vertretbar:

1.1 Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung ist darin begründet, daß

1.1.1 durch eine möglichst umgehende Inbetriebnahme des KRB II und die dadurch bewirkte Vergrößerung des Anteils der Kernenergie an der Energiebedarfsdeckung sowohl die Sicherheit der Energieversorgung im allgemeinen als auch der Stromversorgung im besonderen erhöht wird,

1.1.2 jede Verzögerung der Inbetriebnahme des KRB II zu beträchtlichen Mehrkosten führt, die eine gesamtwirtschaftlich nachteilige Erhöhung der Strompreise in den Versorgungsbereichen der antragstellenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach sich ziehen müßten und

1.1.3 durch eine möglichst umgehende Inbetriebnahme des KRB II die Umweltbelastungen bei der Stromerzeugung verringert werden.

Die Gründe 1.1.1 und 1.1.2 sind in den Begründungen für die Anordnung der sofortigen Vollziehung der vorangegangenen Teilgenehmigungsbescheide (TGB), insbesondere des 5. TGB, bereits ausführlich dargelegt

worden; die dortigen Ausführungen gelten im wesentlichen auch heute. Aus heutiger Sicht sind insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

Zu 1.1.1

Eine ausgewogene Struktur bei der Energieversorgung ist seit Jahren eines der wichtigsten gemeinsamen energiepolitischen Ziele aller von Energieimporten abhängigen Industrieländer. Um die derzeit noch zu hohe Abhängigkeit vom Erdöl weiter zu vermindern - trotz aller Einspar- und Substitutionsbemühungen betrug der Anteil des Mineralöls am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland 1981 rd. 45 % und in Bayern knapp 60 % -, kommen insbesondere Kernenergie, Kohle und Erdgas in Betracht. Die Bundesregierung hat in der Dritten Fortschreibung ihres Energieprogramms vom 4.11.1981 deutlich darauf hingewiesen, daß verstärkte Beiträge von Kohle, Kernenergie und Erdgas zur Erhöhung der Versorgungssicherheit unabdingbar sind (Tz. 30 - 32). Bis Mitte der 90er Jahre sollen Kohle, Öl und übrige Energieträger (Erdgas, regenerative Energiequellen und Kernenergie) zu jeweils rund einem Drittel zur Energiebedarfsdeckung beitragen (Tz. 20). Zur Erreichung dieses Ziels bezeichnet es die Bundesregierung u.a. als erforderlich, daß die Kernenergie einen weiter steigenden Beitrag zur Stromerzeugung in der Grundlast leistet (Tz. 79). Ein größerer Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung setzt insbesondere die zügige Fertigstellung im Bau befindlicher Kernkraftwerke, darunter auch des KRB II, voraus.

Darüber hinaus müssen jeden Tag, an dem das KRB II nicht in Betrieb ist, somit das - anderweitig nicht verwertbare - Uran nicht genutzt werden kann, bei der Stromerzeugung mehr fossile Brennstoffe als unbedingt erforderlich



verfeuert werden - Energieträger also, die in anderen Verbrauchsbereichen nahezu unersetzbar sind oder die als wertvolle Rohstoffe für eine Vielzahl hochwertiger Produkte dienen könnten.

Da diese fossilen Energieträger insbesondere unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nur begrenzt verfügbar sind und mit Mineralöl und Erdgas gerade diejenigen in besonders starkem Maße eingesetzt werden müssen, deren Reserven den geringsten Umfang besitzen, gebietet es die Verantwortung für spätere Generationen, die an diesen Energieträgern ebenfalls partizipieren müssen, diese fossilen Energieträger durch den Einsatz anderer Energieträger so weit wie möglich zu schonen.

Das Öffentliche Interesse, die Sicherheit der Energieversorgung möglichst rasch zu erhöhen sowie auch die langfristige Versorgung mit heute bereits begrenzt erscheinenden Energieträgern nach Kräften zu sichern, gebietet, die Möglichkeiten der Kernenergie so schnell wie möglich zu nutzen. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn u.a. auch das KRB II rasch fertiggestellt und in Betrieb genommen wird.

Die friedliche Nutzung der Kernenergie trägt im besonderen Maß zur Erhöhung der Versorgungssicherheit bei der Stromversorgung bei. Im Gegensatz zur Öl-, Gas- und Kohlever-sorgung bleiben bei der Uranversorgung auch mittelfristige Lieferstörungen schon deshalb ohne Folgen, weil Kernkraftwerke ein lange reichendes Brennstoffinventar besitzen und ohne kontinuierliche Brennstoffbelieferung über Jahre hin weiterbetrieben werden können. Außerdem sind zusätzliche Uranvorräte vorhanden bzw. wesentlich kostengünstiger anzulegen als entsprechende Vorräte bei anderen Energieträgern. Das Öffentliche Interesse an einer möglichst gesicherten Stromversorgung gebietet daher, das KRB II so bald wie möglich in Betrieb zu nehmen.

#### Zu 1.1.2

Im öffentlichen Interesse muß die Elektrizitätsversorgung eines Landes nicht nur möglichst sicher, sondern auch möglichst preisgünstig sein. Dies gilt insbesondere für exportorientierte Industrieländer wie die Bundesrepublik Deutschland. Zwar beeinflussen die Strompreise die Produktionskosten einzelner Wirtschaftszweige in sehr unterschiedlicher Weise; vergleichsweise höhere Strompreise führen aber insgesamt zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Die Strompreise gewinnen insbesondere dann an Bedeutung, wenn die übrigen Produktionskosten international über dem Durchschnitt liegen, wie dies in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Bereichen der Fall ist.

In der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland muß erfahrungsgemäß etwa die Hälfte der insgesamt erforderlichen Kraftwerksleistung im sog. Grundlastbereich, d.h. zwischen 5000 und 7000 Betriebsstunden pro Jahr eingesetzt werden. Nachgewiesenermaßen erzeugen Laufwasser-, Braunkohle- und Kernkraftwerke den Strom in diesem Bereich am kostengünstigsten. Da der Anteil dieser Kraftwerke derzeit jedoch deutlich unter 50 % der insgesamt erforderlichen Kraftwerksleistung liegt, müssen im Grundlastbereich heute weniger kostengünstig arbeitende Kraftwerke eingesetzt werden. Nach Untersuchungen, die führende energiewirtschaftliche Institute im Rahmen der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung durchgeführt haben, läßt sich eine kostenoptimale Stromerzeugungsstruktur nur dann erreichen, wenn der Anteil der Kernenergie über die derzeit in Betrieb befindlichen Anlagen hinaus erheblich vergrößert wird. Die Bundesregierung stellt in der Dritten Fortschreibung dazu ausdrücklich fest, daß "ein größerer Anteil von kostengünstigerem Strom aus Kernkraftwerken die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken würde" (Tz. 14). Die auch von der Bayerischen Staatsregierung für dringend er-



forderlich gehaltene Umstrukturierung des Kraftwerks-  
parks kann aber nur dann rasch durchgeführt werden, wenn  
die in Bau befindlichen Kernkraftwerke, also auch das KRB  
II, ungehindert fertiggestellt und in Betrieb genommen  
werden können.

Dies ist im Hinblick auf eine möglichst preisgünstige  
Stromversorgung umso dringender, je mehr sich in Bau be-  
findliche Kernkraftwerke ihrer Fertigstellung nähern. Die  
Struktur der Stromerzeugungskosten bei Kernkraftwerken un-  
terscheidet sich nämlich erheblich von der konventioneller  
Wärme- und Wasserkraftwerke, die im Grundlastbereich arbeiten. Während  
bei Kernkraftwerken rd. 3/4 der Stromerzeugungskosten fe-  
ste Kosten, z.B. für Kapitaldienst, Versicherungen, Perso-  
nal sind, d.h. nur rd. 1/4 der Kosten auf variable Kosten  
entfallen, ist das Verhältnis von festen Kosten zu beweg-  
lichen Kosten bei der insgesamt teureren konventionellen  
Stromerzeugung mit etwa 1/4 zu 3/4 genau umgekehrt. Dies  
bedeutet, daß der Stromverbraucher bei einem fast fertig-  
gestellten Kernkraftwerk wie KRB II bereits nahezu die ge-  
samten Fixkosten zu tragen hat, die Vorteile der niedrige-  
ren Betriebskosten des Kernkraftwerks aber nicht nutzen  
kann. Würde die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks über den  
technisch frühestmöglichen Zeitpunkt beispielsweise infol-  
ge der aufschiebenden Wirkung einer gegen diesen Bescheid  
erhobenen Klage hinaus verzögert, so müßte der bei unver-  
zögerter Inbetriebnahme an sich zu niedrigen Betriebsko-  
sten erzeugbare Kernenergiestrom durch Strom aus Steinkoh-  
le-, Erdgas- und Ölkraftwerken ersetzt werden. Dies würde  
bei einer mit KRB II jährlich möglichen Stromerzeugung von  
rd. 16 Mrd. Kilowattstunden zu Strombeschaffungsmehrkosten  
von rd. 1,2 Mrd. DM pro Jahr führen. Hinzu kämen bauzeit-  
bedingte Verzögerungskosten (z.B. durch Preisgleitung,  
Zinsleistungen, Konservierungsmaßnahmen, Vorhaltung von  
Baustellenpersonal etc.) in Höhe von rd. 900 Mio DM pro  
Jahr. Jährliche Mehrkosten von über 2 Mrd. DM würden dem  
öffentlichen Interesse an einer möglichst kostengünstigen

Stromversorgung zuwiderlaufen. Um sie sicher zu vermeiden,  
ist die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit dieses  
TGB notwendig.

### 1.1.3

Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des KRB II würden da-  
zu führen, daß der vom KRB II erzeugbare Strom für die  
Dauer der Verzögerungen ersatzweise aus fossil befeuerten  
Stromerzeugungsanlagen bereitgestellt werden müßte, deren  
Betrieb die Umwelt mehr belastet als der Betrieb eines  
Kernkraftwerkes. Selbst bei Einsatz modernster Abgasreini-  
gungsanlagen geben fossil befeuerte Stromerzeugungsanlagen  
erhebliche Mengen an Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Koh-  
lendioxid, Kohlenwasserstoffen, Stickstoffoxiden, Staub,  
Ruß und anderen Schadstoffen ab. Die Wirkungen dieser  
Schadstoffe sind komplex. Die Belastungen der natürlichen  
Lebensgrundlagen Luft, Boden und Wasser können Schadwir-  
kungen bei Mensch, Tier und Pflanzen auslösen. In diesem  
Zusammenhang wird auch auf die beobachteten Schäden an  
Bäumen hingewiesen. Demgegenüber entstehen durch den Be-  
trieb von Kernkraftwerken keine Emissionen, die nachteilige  
Auswirkungen auf die Umgebung haben könnten. Deshalb  
ist es unbedingt erforderlich, die Betriebszeit fossil be-  
feuerter Wärme- und Wasserkraftwerke durch den Einsatz von Kernkraft-  
werken, darunter auch KRB II, möglichst rasch zu verrin-  
gern (siehe auch Ministerratsbeschluß vom 29.6.1982,  
Bulletin der Bayerischen Staatsregierung vom 6.7.1982 Nr.  
14/82, Seite 3). Es ist davon auszugehen, daß allein durch  
die Inbetriebnahme der beiden Blöcke des KRB II die Schwe-  
feldioxid-Emissionen aus Kraftwerken in Bayern wesentlich  
sinken werden.

Die Abgabe radioaktiver Stoffe durch ein Kernkraftwerk ist  
dagegen aufgrund der strengen Vorschriften des Atomgeset-  
zes und der Strahlenschutzverordnung auf so niedrige Werte  
begrenzt, daß die davon herrührende Strahlenexposition  
auch in der unmittelbaren Umgebung der Anlage weniger als  
1/100 der natürlichen Strahlenbelastung beträgt.



- 1.2 Neben den oben angesprochenen öffentlichen Belangen ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung auch wegen Überwiegender Interessen der Antragsteller geboten. Wenngleich die beteiligten Elektrizitätsversorgungsunternehmen bestrebt sein werden, die durch eine verzögerte Inbetriebnahme des KRB II entstehenden Mehrkosten auf Dauer auf ihre Strompreise umzulegen und diese Mehrkosten letzten Endes - wie oben ausgeführt - vom Verbraucher zu tragen wären, ist diese Möglichkeit zum Teil aus Gründen des Wettbewerbs sowie im übrigen nach Zeitpunkt und Umfang zivil-, kartell- und preisrechtlich begrenzt. Insoweit würde eine Verzögerung der Fertigstellung des KRB II nicht ohne schwerwiegende Auswirkungen auch auf die Ertragslage der beteiligten Unternehmen bleiben.
2. Das öffentliche und private Interesse an einer sofortigen Vollziehung des Genehmigungsbescheids war gegen die Interessen Dritter, von einer sofortigen Vollziehung verschont zu bleiben, nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO abzuwägen. Insbesondere deshalb, weil die Durchführung der mit diesem Bescheid genehmigten Maßnahmen nicht mit einer Beeinträchtigung Dritter verbunden ist, wurde dem öffentlichen Interesse sowie dem Interesse der Antragsteller durch Anordnung des Sofortvollzugs der Vorrang vor möglicherweise entgegenstehenden Interessen Dritter an der aufschiebenden Wirkung der Klage eingeräumt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Augsburg, Kornhausgasse 4, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

I.A. 

Ministerialdirigent